

"Das schnürt uns fast die Luft ab"

2. April 2011 | Von sum

Dänischenhagen wendet Hälfte der Einkommensteuerzuweisung für Kinderbetreuung auf

Über 500 000 Euro gibt die Gemeinde Dänischenhagen in diesem Jahr für die Kinderbetreuung aus - gut die Hälfte aller Einkommensteuerzuweisungen, machte der Finanzausschussvorsitzende Eckhard Sindt (CDU) in der Gemeindevertretung deutlich. "Das schnürt uns fast die Luft ab", warb die Sozialausschussvorsitzende Ursula Liewert (SPD) um Verständnis für die angestrebte Erhöhung der Elternbeiträge in den Betreuungseinrichtungen. Dort wird die Notwendigkeit für eine Erhöhung gesehen, allerdings nicht in der genannten Größenordnung von 20 Prozent.

Die würde sich aus der Vereinheitlichung der Elternbeiträge in der DRK-Kindertagesstätte ergeben. Danach sollen pro Betreuungsstunde im Monat 30 Euro im Kindergarten, 45 Euro in einer altersgemischten Gruppe und 55 Euro in einer Krippe fällig werden. "20 Prozent mehr - das ist nicht vermittelbar", erklärte Bürger Jan Spreckelmeyer in der Einwohnerfragestunde. Wenn man sich die Inflationsrate anschau, sei das nicht nachvollziehbar. Zudem könne den Eltern, die jetzt Kinder in den Betreuungseinrichtungen hätten, nicht aufgebürdet werden, was die Gemeinde in den vergangenen Jahren versäumt habe - die letzte Erhöhung liegt fünf Jahre zurück. "Das ist zu lange her", räumte Sven Teegen (WIR) ein und kündigte an, dass sich die Leitungen der Kindertagesstätten mit den Trägern und der Verwaltung zusammensetzen werden, um die mögliche Beitragserhöhung transparent zu machen.

Ulrike Krumm, stellvertretende Vorsitzende des DRK, bat um eine Überprüfung der der Diskussion zugrunde gelegten Zahlen. Diese seien im Sozialausschuss falsch genannt worden. So seien für die wegen des Bedarfs zusätzlich eingerichtete sechste Gruppe in der DRK-Kita 39 500 Euro veranschlagt und nicht 56 000 Euro. Der Gesamtzuschuss der Gemeinde liege damit bei 296 867 Euro und nicht 313 400 Euro, stellte Krumm klar. Diese Zahlen stünden auch im Nachtrag zum Haushalt, der der Verwaltung zugegangen sei.

Der Finanzausschussvorsitzende hielt dagegen, dass der genannten Summe im Haushalt vom DRK nicht widersprochen worden sei. "Es wäre schön, wenn solche Sachen rechtzeitig geprüft werden", so Sindt. Da die Betriebskosten weiter steigen werden und die Gemeinde das Defizit nicht unendlich auffangen kann, gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder die Nutzer, also die Eltern, zahlen mehr für die Betreuung, oder die Gemeinschaft aller Bürger trägt den Überschuss, machte Sindt deutlich. "Irgendwann werden wir das ganze Dorf über eine Grundsteuererhöhung zur Kasse bitten müssen", stellte Ursula Liewert fest. Denn nur die Eltern den Überschuss tragen zu lassen, würde astronomische Beiträge bedeuten.

Bookmarks



[ZURÜCK ZU SUCHE](#)

Leserkommentare

Bitte melden Sie sich an, um einen Kommentar zu schreiben. [Anmelden](#)

[Warum muss ich mich anmelden/registrieren?](#)

shz.de distanziert sich prinzipiell von allen in den Leserkommentaren geäußerten Meinungen ohne Rücksicht auf deren Inhalte. Alle Beiträge in den Leserkommentaren geben ausschließlich die persönlichen Ansichten und Meinungen der User wieder.

Bitte beachten Sie unsere [Richtlinien für Kommentare!](#)

© SHZ.de 2011

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG